

Dirk Schumann Bürgertum, Gewalt, Jugend

Nach dem Abitur an einem humanistischen Gymnasium in der unterfränkischen Provinz und dem Wehrdienst begann ich im Wintersemester 1979/80 mit dem Studium der Geschichte in München und konzentrierte mich von Anfang an auf die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, wozu das Nebenfach Politikwissenschaft gut passte. Bald lernte ich dort die zwei für mein Studium prägenden Personen kennen, die beiden leider viel zu früh verstorbenen Historiker Thomas Nipperdey und Klaus Tenfelde. Nipperdey, durch seine Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts weit über die Grenzen des Fachs hinaus bekannt,¹ mit intellektuellen Wurzeln auch in Göttingen, wo er von Hermann Heimpel beeinflusst wurde und sich 1961 habilitierte, war ein Bildungsbürger im besten Sinn, ausgezeichnet durch seinen scharfen Verstand und die Gabe, intellektuelle Bezüge auch zwischen scheinbar ganz entlegenen Gegenständen herzustellen, und überdies gesegnet mit einer beträchtlichen Portion Selbstironie. Der Bergmannssohn Klaus Tenfelde, der als Hauerlehrling und Abiturient des zweiten Bildungsweges zunächst eine für einen deutschen Ordinarius eher ungewöhnliche Vita aufwies, hatte dann sein zügig und glänzend absolviertes Studium mit einer ebenso umfangreichen wie Maßstäbe setzenden Dissertation über die Bergarbeiterschaft an der Ruhr abgeschlossen.² Der systematische und unermüdliche Forscher, gelassen und gänzlich uneitel, vermittelte Sensibilität für Fragen sozialer Beziehungen und Konflikte jenseits des Bildungsbürgertums.

Nach zwei Jahren in München wollte ich auch einmal etwas andere akademische Luft schnuppern. Nipperdey riet entweder zu Freiburg oder zur – wie er sich ausdrückte – „Höhle des Löwen“, nämlich zu Bielefeld, wo sein wissenschaftli-



Dirk Schumann, Professor für Neuere und Neueste Geschichte in Göttingen, O. Mitglied der Akademie seit 2015

¹ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat*, München 1993; ders., *Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1993; ders., *Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie*, München 1995.

² Klaus Tenfelde, *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert*, Bonn 1981.

cher Antipode, der erheblich traditionskritischere Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler lehrte. Nach einem Besuch beider Städte in den Semesterferien entschied ich mich für das freundlichere Freiburg und gegen den Betonkoloss der Bielefelder Universität (den ich allerdings einige Jahre später durchaus noch schätzen lernen sollte). Auch in Freiburg erlebte ich eindrucksvolle Vertreter des Fachs – etwa den Mediävisten Karl Schmid oder den Neuzeithistoriker Heinrich August Winkler – aber an der Rückkehr nach München gab es keinen Zweifel. Davor lag noch ein Jahr als Fulbright-Stipendiat an der University of Colorado in Boulder bei Denver, meine erste Begegnung mit den USA, die mir ein bleibendes Interesse an der Geschichte der Vereinigten Staaten bescherte.

Nach München zurückgekehrt, schrieb ich meine Magisterarbeit bei Tenfelde, aus der danach die Dissertation werden sollte (nun bei Nipperdey, der, als ich das Examen gerade abgeschlossen hatte, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter suchte, während Tenfelde zur selben Zeit einen Ruf nach Innsbruck erhielt, dorthin aber keinen Deutschen mitnehmen durfte). Sie war eine kollektivbiographische Studie von über 600 bayerischen Unternehmern des 19. Jahrhunderts aus wichtigen Städten (München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Ludwigshafen) und fügte sich in den Kontext der damals besonders in Frankfurt (bei Lothar Gall) und in Bielefeld betriebenen Bürgertumsforschung ein.³ Deren Ausgangspunkt war die Frage nach deutschen Defiziten an Bürgerlichkeit, wofür das Stichwort der „Feudalisierung“ stand, eine vermeintlich zu große Adelsnähe und Aufgabe des Strebens nach einem parlamentarisch verfassten Staat und eigener maßgeblicher Mitwirkung an der Politik. Eine Untersuchung zu Bayern lag noch nicht vor. Ich konnte dann zeigen, dass eher die zu große Staatsnähe, wie sie sich im Titel des „Kommerzienrats“ manifestierte, bürgerliche Unabhängigkeit beeinträchtigte, während die Rekrutierung der Unternehmer zwar große soziale Homogenität aufwies, aber auch große Offenheit für Zuwanderer, etwa aus Oberitalien, so dass ein Dall’Armi, Negrioli oder Maffei – heute in dem Firmennamen Krauss-Maffei noch sichtbar – keine Mühe hatte, in die Münchener Oberschicht integriert zu werden.

Nach Abschluss der Promotion 1990 ergab sich die Möglichkeit, wieder bei Klaus Tenfelde tätig zu werden, nach seiner Berufung in den Bielefelder Betonkoloss, dessen sozusagen innere Vorzüge sich beim nicht ganz seltenen ostwestfälischen Regen sehr fühlbar erschlossen. Sechs Jahre war ich dort Tenfeldes wissenschaftlicher Assistent, anschließend Habilitationsstipendiat der DFG.

³ Dirk Schumann, *Bayerns Unternehmer in Gesellschaft und Staat, 1834–1914. Fallstudien zu Herkunft und Familie, politischer Partizipation und staatlichen Auszeichnungen*, Göttingen 1992 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 98).

Für die Habilitation wandte ich mich, wie dies erwartet wird, einem anderen Thema und einer anderen Epoche als in der Dissertation zu. Es ging um politische Gewalt – d. h. politisch motivierte Gewalt – in der Weimarer Republik von deren Beginn 1918/19 bis zu ihrem Ende in der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933.⁴ Zwar war die Weimarer Republik schon damals eine der am besten untersuchten Epochen der deutschen Geschichte, doch mit der konkret angewandten Gewalt hatten sich nur wenige Arbeiten beschäftigt, zudem konzentriert auf jeweils eine Seite des politischen Spektrums und einen spezifischen Zeitraum, entweder die ersten, vom punktuellen Bürgerkrieg gekennzeichneten, oder die letzten Jahre der Republik nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die von den Aufmärschen der SA und den handgreiflichen Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern geprägt waren. Wie sich die Gewalt der verschiedenen Gruppierungen auf der Rechten und der Linken zueinander verhielt und welche Chancen es zu ihrer Verhinderung gab, dies war in der Forschung unterbelichtet geblieben. Vorherrschend war die Annahme, die Weimarer Republik habe sich in ihren letzten Jahren in einer sich stetig steigernden, in den Bürgerkrieg hineinführenden Gewalteskalation befunden. Um diese These zu prüfen, entschied ich mich für eine regionale Fallstudie, denn nur so ließen sich alle Akteure hinreichend konkret erfassen. Meine Wahl fiel auf die preußische Provinz Sachsen, die im Wesentlichen dem heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt entspricht. Sie war in ihren politischen Milieus und Sozialstrukturen hinreichend vielfältig und sie war bedeutsam für die Geschichte der politischen Gewalt, weil hier sowohl der „Stahlhelm“, lange Zeit der führende politische Kampfverband der Rechten („Wehrverband“), und das republikanisch-sozialdemokratische „Reichsbanner“, die Gegenkraft der linken Mitte, gegründet worden waren. Es zeigte sich dann bei näherem Hinsehen, dass der punktuelle Bürgerkrieg der ersten Jahre, insbesondere im Frühjahr 1919 (bei dem wir zunächst an die Münchener Räterepublik denken) und ein Jahr später nach dem sogenannten Kapp-Putsch erheblich opferreicher ausfiel als die Auseinandersetzungen in den letzten Jahren, ein Bürgerkrieg, der gleichwohl zu einem Ende gebracht werden konnte. Was sich dann und zwar gerade in den mittleren, halbwegs stabilen Jahren der Republik verbreitete, war ein Kult der militanten Männlichkeit im Versuch der „Wehrverbände“, den öffentlichen Raum zu besetzen. Gewalt war dabei einkalkuliert, allerdings nicht zwingend und wenn, dann primär in begrenzter Form. Daran änderte sich im Grundsatz auch mit dem Auftreten der SA nichts. Dies war zweifellos eine Belastung der politi-

4 Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik: Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001 (= Schriftenreihe des Instituts für Soziale Bewegungen, Bd. 17) (engl. Übersetzung 2009).

schen Kultur der Weimarer Republik, doch ein entschlossener Staat hätte die Gewalt durchaus stoppen können. Dieser entschlossene Staat fehlte schließlich jedoch, und die Presse auf der rechten Seite des politischen Spektrums nutzte jeden Gewaltvorfall, um das Gespenst des Bürgerkriegs an die Wand zu malen und den Kommunisten die Schuld daran zuzuweisen – diese suchten ihre tatsächliche Schwäche durch nicht nur verbalen Radikalismus zu kaschieren. Die Vergiftung der politischen Kultur auf Basis ihrer schleichenden Militarisierung war also das eigentliche Problem, nicht die tatsächlich ausgeübte Gewalt, die vornehmlich im Zusammenhang mit Wahlkämpfen eskalierte, aber am Jahresende 1932 gegenüber dem Sommer schon spürbar abgeflaut war.

Nach Abschluss des Habilitationsverfahrens bot sich die Gelegenheit, wieder in die USA zu gehen, und zwar als DAAD Gastprofessor an die Emory University in Atlanta, Georgia. Darauf folgten weitere Jahre als Stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C., einer vom Bund geförderten Einrichtung der Forschung und des intellektuellen Austauschs, die mit anderen ähnlichen Instituten, unter anderem in London, Paris und Rom die Max-Weber-Stiftung bildet. Insgesamt habe ich so nach der Habilitation siebeneinhalb Jahre in den USA verbracht. Diese Zeit hat mir einigen Einblick in eine etwas andere akademische Kultur gegeben, deren Einrichtungen uns ja nicht selten als Vorbild entgegenhalten werden, allerdings zumeist ohne Berücksichtigung der deutlich anderen Grundstruktur des US-amerikanischen Universitätssystems. Gleichwohl kann man von dieser anderen akademischen Welt einiges lernen: zum Beispiel die – auf allen Ebenen – gleichberechtigte und unangestrengt praktizierte Teilnahme von Frauen, das ernsthafte Bemühen um gute Lehre, die Konzentration auf die große argumentative Linie in der Ausbildung der – selbst ausgewählten und intensiv betreuten – *graduate students*, und überhaupt die auf freundliche Zuwendung ausgerichteten Umgangsformen, die freilich nicht erlahmende Aufmerksamkeit verlangen, damit man auch subtil geäußerte Kritik angemessen wahrnimmt.

In diesen amerikanischen Jahren habe ich begonnen, mir ein weiteres Themenfeld zu erschließen, die Geschichte der Jugend im 20. Jahrhundert, vor allem nach 1945. Mein Ansatzpunkt war zunächst wiederum die Geschichte der Gewalt, allerdings nicht der politisch motivierten, sondern der tendenziell als Erziehungsdefizit gedeuteten vandalistischen oder Menschen verletzenden Gewalt von Jugendlichen im öffentlichen Raum und in der Schule, mit ihren Bezügen zur innerfamilialen Gewalt und einschließlicher der gegen sie gerichteten vermeintlich disziplinierenden Gewalt, für die Rohrstock und Ohrfeige stehen. Debatten über Jugendgewalt sind immer auch Debatten über eine Gesellschaft überhaupt, über ihre Ängste und Zukunftsperspektiven, über die Grenzen zwischen „Normalität“ und abweichendem Verhalten, über die Bedeutung von Institutionen wie der

Schule und über das jeweilige Gewicht und das Verhältnis von Wissensbeständen und Fachdisziplinen zueinander, vor allem der Medizin, Psychologie und Soziologie. Diese weitere Perspektive macht das auf den ersten Blick vielleicht kleine Thema Jugendgewalt interessant und rückt besonders die Schule, in Zeiten allgemeiner Schulpflicht, als zentrale Bildungs- und Erziehungsinstitution, aber auch als Begegnungsort von Jugend überhaupt in einen größeren Kontext. In der eigenen Forschung habe ich mich unter anderem mit der Abschaffung von Körperstrafen in der Schule in Westdeutschland nach 1945 beschäftigt und am Beispiel von Hessen und Bayern zeigen können, dass dies keineswegs geradlinig verlief, sondern ein von unterschiedlichen und teils konfliktiven politischen, Lehrer- und Elterninteressen geprägter Prozess war, der in eine Verrechtlichung der Schulbeziehungen führte, die zugleich mit deutlicher Bürokratisierung einherging.⁵ Ein anderer Beitrag verfolgte die Debatte um von den Schülern in der Schule angewandte Gewalt in der Bundesrepublik und den USA von den 1950er bis zu den 1990er Jahren und zeigte vor allem auf, wie selektiv die Wahrnehmung der jeweiligen Gewaltphänomene ausfiel.⁶

Die deutsch-amerikanische Perspektive auf Jugend wollte ich nach meiner Berufung nach Göttingen vor sieben Jahren weiterentwickeln; davor lag ein kurzes Zwischenspiel an der Jacobs University Bremen. Es sollte nicht allein um Gewalt gehen, sondern auch um Fragen des Konsums oder der wissenschaftlichen Beschreibung von Jugend und dann auch um das gesamte „lange“ 20. Jahrhundert ab 1890, denn man kann argumentieren, dass die moderne Jugend auf diesen beiden Seiten des Atlantik sozusagen „erfunden“ worden ist, als Konsumträger und in jugendbewegter Eigenständigkeit, um es auf eine ganz einfache Formel zu bringen. Sich damit zu beschäftigen ist auch insofern lohnend – und damit ist der zweite Grund für die Hinwendung zur Jugendgeschichte benannt –, als diese, jedenfalls für meine Epoche, bisher vor allem von historisch interessierten Pädagogen geschrieben worden ist, aber kaum von Historikern.

Meine Absicht habe ich in Göttingen bislang insofern verwirklichen können, als ich mich unter anderem in einem mit der pädagogischen Kollegin Kraul durchgeführten Projekt, das halb Gutachten, halb Forschung war, mit der Fürsorgeheimziehung in Niedersachsen von den 1950er bis zu den 1970er Jahren

⁵ Dirk Schumann, *Legislation and Liberalisation: The Debate About Corporal Punishment in Schools in Postwar West Germany, 1945–1975*. In: *German History* 25 (2007), S. 192–218.

⁶ Dirk Schumann, *School Violence and Its Control in Germany and the United States Since the 1950s*. In: Wilhelm Heitmeyer et al. (Hrsg.), *Control of Violence: Historical and International Perspectives on Violence in Modern Societies*, New York/Heidelberg 2010, S. 233–259; vgl. auch die Beiträge in: Dirk Schumann (Hrsg.), *Raising Citizens in the „Century of the Child“*. The United States and German Central Europe in Comparative Perspective, New York 2010.

beschäftigt⁷ und im Rahmen des DFG Graduiertenkollegs *Generationengeschichte*, dessen Sprecher ich in Nachfolge von Bernd Weisbrod bis zum Ende der Verlängerungsphase 2014 gewesen bin, mit der Frage von Generationsbildung über Konsum und Populärkultur seit 1890 befasst habe.⁸ Die Weimarer Republik hat mich aber nicht so weit losgelassen, wie ich das erwartet hatte, denn ich wurde zum Mitglied und Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg berufen, einer von fünf bundesunmittelbaren Politiker-Gedenkstiftungen, und ich erhielt das Angebot, das wichtigste, mit einem ausführlichen Forschungsteil versehene Lehrbuch zur Weimarer Republik (in der Reihe „Grundriss der Geschichte“ des Oldenbourg Verlags) vom emeritierten Kölner Kollegen Eberhard Kolb zu übernehmen. Ein solches Angebot, das einem sozusagen eine gewisse Deutungshoheit im Feld überantwortet, lässt sich nicht wirklich ablehnen. Mittlerweile haben Kolb und ich eine Neuauflage besorgt;⁹ die vollständige Neufassung in meiner alleinigen Verantwortung ist in Bearbeitung. In ihr hoffe ich auch einen neuen eigenen Akzent für künftige Forschungen setzen zu können. Im Mittelpunkt meiner Überlegungen steht das Problem der „Grenze“ in der Weimarer Republik. Nicht nur waren die territorialen Grenzen Deutschlands nach 1918 in ungekannter Weise umstritten – auch der Begriff, das Konzept der „Grenze“ genossen besondere Aufmerksamkeit, bei Karl Jaspers, Paul Tillich, Helmut Plessner und auch, in gewisser Weise, bei Carl Schmitt. Möglicherweise lässt sich hier eine grundlegende Befindlichkeit der Weimarer Zeit identifizieren, die den scheinbar entlegenen Feldern von Politik und Kultur gemeinsam ist.

Beschäftigt haben mich in den letzten Jahren auch mehrere Projekte zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Universität Göttingen, die mir von der Universitätspräsidentin übertragen wurden, vor allem ein Projekt, in dem es um die Ehrungen der Universität in Form der Verleihung von Ehrendoktor- und Ehrenbürgerwürden ging. Man kann solche Projekte, wiederum halb Gutachten, halb originäre Forschung, als Ablenkung von möglicherweise noch innovativerer Forschung sehen, aber das scheint mir eine zu enge Sichtweise zu sein. Zum einen sollte man derartige Untersuchungen, zumal dann, wenn es um die in der Tat

7 Margret Kraul, Dirk Schumann, Rebecca Eulzer, Anne Kirchberg, *Zwischen Verwahrung und Förderung. Heimerziehung in Niedersachsen, 1949–1975*, Opladen 2012.

8 Dirk Schumann, *Youth Culture, Consumption, and Generational Dispositions in Twentieth-Century Germany*. In: Hartmut Berghoff, Uffa Jensen, Christina Lubinski, Bernd Weisbrod (Hrsg.), *History by Generations. Generational Dynamics in Modern History*, Göttingen 2013, S. 125–146 (russ. Übersetzung 2014).

9 Eberhard Kolb/Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik* (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), München, 8. überarbeitete und erweiterte Aufl. 2013.

schwierige Beurteilung einzelner Personen geht, nicht kurzatmig arbeitenden Journalisten oder anderen Akteuren überlassen, denen es vor allem um Skandalisierung oder rasche Apologie geht, sondern mit dem Sachverstand des Fachvertreters abgewogen zur Sache gehen – jedenfalls scheint mir dies auch zu den Aufgaben eines „ordentlichen öffentlichen Professors“, wie der Titel ja einmal gefasst war, zu gehören. Zum anderen kann ein solcher Auftrag auch genuine Impulse für neue Forschung hervorbringen – so haben die Kollegin Terhoeven und ich ein 2014 bewilligtes Drittmittelprojekt konzipiert, das der Kommunikation über die NS-Vergangenheit an der Universität Göttingen in den zwei Jahrzehnten nach dem Krieg nachgeht, am Beispiel der Fächer Geschichte und Physik.¹⁰ Über das Bereden und Beschweigen, über die Entwicklung von Sagbarkeitsregeln zur NS-Vergangenheit im universitären Raum weiß man bisher nicht sehr viel. Hier ist Göttingen mit den vier Gruppen der – teils sehr berühmten und zögerlich wieder Kontakt aufnehmenden – Emigranten, den aus dem Osten in Göttingen eine neue Wirkungsstätte suchenden, den im Amt verbliebenen und den – relativ wenigen – aus ihren Ämtern von der Besatzungsmacht entlassenen, in Göttingen verbliebenen Professoren ein lohnender Untersuchungsort.

10 <http://www.uni-goettingen.de/de/projekt-zur-vergangenheitspolitik-der-universitaet-goettingen-bewilligt/490968.html>.